

# mitarbeiten 04/2017

## Informationen der Stiftung Mitarbeit

www.mitarbeit.de · www.buergergesellschaft.de · www.netzwerk-buergerbeteiligung.de

Gespräch mit Dr. Serge Embacher



## »Demokratie braucht gemeinsame Öffentlichkeit«

**E-Partizipation, OpenData und OpenGovernment: Das Internet, die neuen sozialen Medien und die damit verbundene digitale Kommunikation bieten vielfältige Potentiale zur Demokratisierung der Gesellschaft. Zugleich führt die Digitalisierung der politischen Kommunikation jedoch zunehmend zur Fragmentarisierung von Öffentlichkeit und zum Verfall politischer (Diskussions-)Kultur. Der Publizist Dr. Serge Embacher erläutert im Gespräch die demokratiepolitischen Ambivalenzen des Internets und der sozialen Medien.**

**W**oran liegt es, dass die Grenzen des Internets und sein Einfluss auf die Demokratie so wenig thematisiert werden?

Das liegt zum einen an der extremen Überlagerung von ökonomischen und politischen Interessen, zum anderen an einer bis weit in die Zivilgesellschaft hinein spürbaren Unreflektiertheit. Das Problem ist, dass das Internet dazu einlädt, lauter kleine Parallelwelten zu erzeugen, die unvermittelt nebeneinander herlaufen können. Das ist einerseits ein Freiheitsgewinn, weil ich mein eigenes Ding machen kann und nicht mehr davon abhängig bin, wofür der andere sich interessiert. Auf der anderen Seite ist das aber auch ein Problem für demokratische Aushandlungsprozesse, die darauf angewie-

sen sind, dass wir eine gemeinsame Öffentlichkeit als Bezugspunkt haben. Das Charakteristikum von sozialen Medien ist, dass sie die one-to-many-Kommunikation durch eine many-to-many Kommunikation ablösen und so das Monopol des Senders aufheben. Das ist im Grunde ein basisdemokratisches Wunderland für Menschen, die sich schon lange mit der Frage beschäftigen, wie man Kommunikation demokratisieren kann. Wenn man aber auf der anderen Seite sieht, wie damit Schindluder getrieben wird, kann einem schon angst und bange werden.

**Mit dem Internet und der digitalen Kommunikation war stets die Hoffnung verbunden, den demokratischen Dialog zu stärken. Wieso gelingt das so selten?**

Im Internet kann man den Stand der politischen Kultur in einer Weise ablesen, wie man das bisher nicht konnte. Wissenschaftler/innen weisen seit Jahrzehnten darauf hin, dass zwischen 10 und 20 Prozent der Bevölkerung aus unterschiedlichsten Gründen abgehängt sind vom demokratischen Grundkonsens. Und diese Menschen werden nun im Zeitalter des Internets und der Sozialen Medien sicht- und hörbar. Das Internet als digitaler Stammtisch ist ein erheblicher Resonanzverstärker für alle möglichen guten Dinge, aber eben auch für den Rechtspopulismus und für Hass-Bürger, die mit den Mitteln der elektronischen Kommunikation gegen die Demokratie agitieren. Positiv gewendet ist es natürlich auch gut, dass diese Stimmen an die Oberfläche kommen, weil man jetzt sehen kann, dass der Weg zu einer wirklich demokratischen Gesellschaft, die auf Toleranz und die friedliche Aushandlung von Konflikten setzt, noch weit ist und viel Arbeit erfordert.

**Was bedeutet diese Entwicklung für die Demokratie und den politischen Meinungsbildungsprozess?**

Zunächst einmal ist es eine Frage der politischen Rahmensetzung. Im Bundestagswahlkampf hat Digitalisierung eine große Rolle gespielt, ich habe aber kein einziges Mal die Forderung gehört, so etwas wie ein öffentlich-rechtliches Internet zu schaffen. Es wird völlig selbstverständlich akzeptiert, dass das Internet und dessen Infrastruktur eine privatwirtschaftliche, kommerzielle Angelegenheit ist. Das sehe ich nicht so. Warum soll man nicht demokratische Räume schaffen in diesen elektronischen Welten, die öffentlich subventioniert sind und demokratischen Qualitätsstandards entsprechen? Und ich glaube, die Politik muss die Internetkonzerne mehr in die Pflicht nehmen, was die straf-

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

## »Demokratie braucht ...

baren Inhalte der Kommunikation angeht. Menschenverachtende und rechtsradikale Inhalte müssen unterbunden werden. Ich glaube, dass die Konzerne an dieser Stelle bisher nur minimale Anstrengungen unternehmen, am Erhalt einer demokratischen Gesellschaftsordnung mitzuwirken. In Zukunft müsste die Politik den Mut aufbringen, diese Konzerne zu regulieren und zu sagen, wenn ihr zu den und den Bedingungen euer Geschäftsmodell nicht betreiben könnt, dann ist das in Deutschland eben nicht möglich. Das ist das eine. Das andere geht mehr in Richtung politische Kultur. Die politische Sprache ist ja oft bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Durch das Internet und die digitale Kommunikation ist die Politik genötigt, sich ehrlich zu machen, zu sagen, wofür sie wirklich steht. Ich denke, dass die Parteien und die politischen Akteure – die ja im Internet sehr präsent sind und die sozialen Medien ganz stark nutzen – sich zukünftig mehr bemühen müssten, im Netz eine politische Kultur des offenen Austausches zu etablieren und die Kanäle zu nutzen, um Klartext mit den Menschen zu reden und zu sagen, was man will und was man nicht will.

### Was könnte die Zivilgesellschaft in diesem Zusammenhang tun?

In der Zivilgesellschaft gibt es bereits heute Initiativen und Vereine, die sich sehr kritisch mit der Nutzung Sozialer Medien und den Ambivalenzen des Internets beschäftigen. Die Innovationskraft der Zivilgesellschaft hat dazu geführt, dass es mittlerweile nichtkommerzielle Plattformen gibt, die dieselben Funktionen haben wie zum Beispiel Facebook, die aber leider noch von zu wenig Menschen und Organisationen genutzt werden. Trotz allen Wissens um die fehlende Datensicherheit und die verschiedenen Zugriffsbehrlichkeiten von Politik, Industrie und Geheimdiensten ist das Standardargument vieler Organisationen, wer nicht auf Facebook ist, der kommt im Netz nicht vor. Ich würde mir schon wünschen, dass diese neuen Angebote viel stärker genutzt würden und man nicht immer sagt, Facebook ist Facebook und da kann man eh nichts machen.

Das vollständige Videogespräch im Netz unter [https://www.mitarbeit.de/publikationen/video\\_gespraech](https://www.mitarbeit.de/publikationen/video_gespraech)

2

## Publikation

# Demokratische Vereinsarbeit als Grundlage der Zivilgesellschaft

**Aktuelle Zahlen zeigen: Immer mehr Vereine und ihre Mitglieder in Deutschland verstehen sich als Akteure der politischen Willenbildung, die beteiligt werden wollen. Dieser Anspruch auf demokratische Mitgestaltung kann jedoch nur wirksam nach Außen vertreten werden, wenn Vereine in ihrem Alltagshandeln selbst demokratisch agieren. Wie sich Vereinsarbeit demokratisieren lässt, zeigt eine Publikation der Stiftung Mitarbeit.**

Die Arbeit im Verein ist nach wie vor eine der am stärksten wirkenden demokratischen Sozialisationsinstanzen, sei es für junge Menschen oder für Menschen, die aus anderen, weniger von Teilhabe und Demokratie geprägten Kulturkreisen zu uns kommen. Der Autor lenkt den Blick auf die grundsätzliche Bedeutung von Teilhabe und demokratischer Willensbildung als unverzichtbare Leitprinzipien demokratischer und nachhaltiger Vereinsführung und Vereinsarbeit.

Eine »konsequent basisdemokratische Ausgestaltung der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen« stellt für Hüttig die »tragfähigste Säule des Vereinshauses« dar. Eine demokratische Organisationskultur erleichtert die Vereinsarbeit auf vielen Ebenen, sei es bei der Gewinnung neuer Mit-

glieder, der Nutzung und Verteilung von Ressourcen oder der Legitimation nach Innen und Außen.

Neben der demokratischen Teilhabe beschreibt der Autor mit den Begriffen »Kommunikation« und »Transparenz« noch zwei weitere Leitprinzipien demokratischer Vereinsführung. Sein Fazit: Wenn Vereine als »Ausdruck gelebter Demokratie« diese Handlungsmaximen in ihrer alltäglichen Arbeit konsequent beherzigen, ist ein wichtiger Grundstein für eine erfolgreiche Vereinsarbeit gelegt.

*Christoph Hüttig: Arbeit im Verein. Vereinsgründung, Rechtsgrundlagen und Leitprinzipien demokratischer Vereinsführung. Verlag Stiftung Mitarbeit, Bonn 2016, Arbeitshilfen Nr. 51, 120 S., 12,00 Euro, ISBN 978-3-941143-32-6, zu beziehen über den Buchhandel oder [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)*



**Freiwilligenagenturen in der Demokratie:** Wie werden Freiwilligenagenturen zu Lobbyisten der Demokratie? Wie können sich Freiwilligenagenturen in die lokale Demokratieentwicklung einbringen? Dies waren nur zwei der Fragen, mit denen sich die Teilnehmer/innen im Rahmen der Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und der Stiftung Mitarbeit in Berlin auseinander gesetzt haben. Der inhaltliche Rückblick auf die Tagung findet sich unter: [www.mitarbeit.de/fwa\\_tagung\\_2017.html](http://www.mitarbeit.de/fwa_tagung_2017.html)

## Formelle und informelle Bürgerbeteiligung sinnvoll verknüpfen

Wie lassen sich formelle und informelle Bürgerbeteiligung sinnvoll miteinander verknüpfen? Diese Frage steht im Mittelpunkt eines aktuellen Themenschwerpunkts des Netzwerks Bürgerbeteiligung. Das von der Stiftung Mitarbeit initiierte Netzwerk setzt sich für die Förderung der Bürgerbeteiligung auf allen föderalen Ebenen ein.

Es ist kein Geheimnis, dass die Kommunikations- und Beteiligungspraxis bei vielen Großprojekten verbesserungswürdig ist. Stephanie Bock und Bettina Reimann stellen vor diesem Hintergrund die Verzahnung von informeller Öffentlichkeitsbeteiligung und formellem Planungs- und Genehmigungsprozess in den Fokus ihres Beitrags. Die Autorinnen haben im Rahmen einer Studie untersucht, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung bei umweltrelevanten Vorhaben inhaltlich weiterentwickelt und ihre Transparenz, Verbindlichkeit und Kontinuität verbessert werden kann. Die Studienergebnisse sollen privaten und öffentlichen Vorhaben-

trägern, Genehmigungsbehörden, (Umwelt-)Verbänden sowie anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren einen Weg weisen, wie sich Öffentlichkeitsbeteiligung in Zukunft besser gestalten lässt.

Martin Abratis und Maik Bohne zeigen am Beispiel des »Dialogforums Tideelbe«, welche Möglichkeiten es bei komplexen Verfahren gibt, um informelle und formelle Bürgerbeteiligung zu verknüpfen. Sie betonen, dass sich ein informelles Teilnahmeverfahren auch dann lohnt, wenn es (noch) keinen konkreten Konflikt gibt.

Kevin Zidara und Christian Möller blicken in ihrem Gastbeitrag auf die Diskussionen um den im Zuge

der Energiewende vielerorts nötigen Netzausbau in Deutschland. Demnach ist die frühe informelle Bürgerbeteiligung für manche Netzbetreiber ein wichtiges Instrument geworden; in dem Zusammenhang werde auch die Verzahnung mit formeller Beteiligung stärker in den Blick genommen. Die Autoren stellen Praxisbeispiele für neue Wege der informellen Beteiligung beim Netzausbau vor und erläutern, warum sich gerade Transparenz bei der Kommunikation mit den Bürgerinnen und die Dokumentation der Beteiligung für sie als besonders erfolgreich erwiesen hat.

Der aktuelle Themenschwerpunkt bildet für das Netzwerk Bürgerbeteiligung den Auftakt zu weiteren Aktivitäten im Handlungsfeld. So ist für das Jahr 2018 ein Netzwerkimpuls zur Verbindung von informeller und formeller Bürgerbeteiligung geplant. Alle Netzwerker/innen und solche, die es werden wollen, sind jetzt schon zur Mitarbeit daran eingeladen.

Mehr Informationen zum Netzwerk Bürgerbeteiligung im Netz unter [www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/?id=575#c2877](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/?id=575#c2877)

### Starthilfeförderung

## Ein Floß für Hamburg

Der gemeinnützige Verein für mobile Machenschaften e.V. hat sich im Dezember 2015 aus einem kulturell, sozial und handwerklich engagierten Freundeskreis gegründet, um im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg mobile Freiräume für Kunst, Kultur und bürgerschaftliches Engagement zu schaffen. Die Arbeit des Vereins wurde auch durch eine Starthilfeförderung der Stiftung Mitarbeit möglich.

Ein sichtbares und spektakuläres Zeichen für die Arbeit des Vereins ist die »Schaluppe«, ein 15 Meter langes und fünf Meter breites Floß, das die Aktiven des Vereins in Eigenregie zusammengezimmert und im Frühjahr dieses Jahres fertig gestellt haben. Ob Theater, Zirkus, Workshops, Kino, Lesungen oder Konzerte: seit dem Sommer 2017 finden auf dem doppelstöckigen, etwa 100 Quadratmeter großen Floß zahlreiche Veranstaltungen statt. Dabei steht die Schaluppe als mobiler demokratischer Lern- und Erlebnisort allen Einwohnerinnen und Einwohnern Wilhelmsburgs zur

Verfügung. Die Schaluppe kann aber auch von anderen Interessierten für eigene soziokulturelle Veranstaltungen und Angebote genutzt werden. Zudem möchte das spendenfinanzierte Projekt mit der Schaluppe einen unkom-

plizierten und niedrigschwelligen Zugang zu Hamburgs Wasserwegen ermöglichen, der allen Menschen offen steht.

Nächste Antragsfrist für Starthilfeanträge ist der 26. Februar 2018. Ausführliche Informationen zum Auswahl- und Bewilligungsverfahren im Netz unter [https://www.mitarbeit.de/foerderung\\_projekte/starthilfefoerderung/foerderrichtlinien/](https://www.mitarbeit.de/foerderung_projekte/starthilfefoerderung/foerderrichtlinien/)



## Integration heißt demokratische Teilhabe

Eine chancengleiche Teilhabe an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist die große Herausforderung der Integration. Doch wie kann die demokratische Teilhabe der Flüchtlinge und Zugewanderten unterstützt und gefördert werden? Welchen Beitrag kann das zivilgesellschaftliche Engagement mit und von Flüchtlingen leisten? Wie lässt sich dieses Engagement stärken? Wie können Politik und Zivilgesellschaft ein demokratisches Miteinander gestalten? Und

wie kann fremden- und demokratiefeindlichen Strömungen in dem Zusammenhang entgegengewirkt werden? Während der Tagung (25.–26. April 2018 in Berlin) werden die unterschiedlichen Perspektiven ins Gespräch gebracht und gelungene Beispiele aus der Praxis vorgestellt. Die Veranstaltung wendet sich an Akteure der Flüchtlingsarbeit, an Selbstorganisationen von Geflüchteten, an Infrastruktureinrichtungen, Verbände und Politik.

*Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de)*

## Konfliktmoderation in Gruppen

Konflikte entstehen, wenn unterschiedliche Ansichten und Interessen aufeinander stoßen. Entscheidend ist nicht, Konflikte zu vermeiden, sondern eine gute Form zu finden, um Konflikte auszutragen. Wie können schwierige Situationen konstruktiv gestaltet werden? Was lässt sich tun, wenn (oder bevor) es richtig kracht? Diese Fragen sowie die konkreten Konfliktlagen der Teilnehmenden stehen im Mittelpunkt

des Seminars (16.–17. März 2018 in Münster). Die Teilnehmer/innen setzen sich mit unterschiedlichen Konflikttypen, Konfliktfeldern und Wegen zum konstruktiven Umgang mit Konflikten auseinander. Das Seminar wendet sich an freiwillig Engagierte und Hauptamtliche in Kommunen, Organisationen, Gruppen, Projekten und Initiativen.

*Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz (antz@mitarbeit.de)*

## Erfolgreich Fördermittel einwerben

Am Anfang der Suche nach einer geeigneten Projektfinanzierung steht häufig die Formulierung eines Projektantrags. Das Seminar (17. März 2018 in Magdeburg) vermittelt das dazu notwendige Hintergrundwissen: Wie lassen sich gute Ideen so zu Papier bringen, dass sie potentielle Förderer überzeugen? Was ist formal und inhaltlich zu beachten?

Unter welchen Voraussetzungen kann die Antragstellung erfolgreich werden? Die Teilnehmer/innen erhalten praktische Tipps für einen erfolgversprechenden Antrag. Das Seminar wendet sich an freiwillig Engagierte und hauptamtlich Tätige in Initiativen und Projekten.

*Nähere Informationen bei Beate Moog (moog@mitarbeit.de)*



Beim Forum Bürgerbeteiligung 2017 diskutierten die Teilnehmer/innen aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, welche neuen Wege die Kommunen gehen, um die lokale Demokratie weiterzuentwickeln. Einen inhaltlichen Rückblick auf die Veranstaltung findet sich unter [www.mitarbeit.de/forum2017.html](http://www.mitarbeit.de/forum2017.html)

### Praxisworkshop

## Alle im Boot?!

Bürgerbeteiligung braucht die Mitwirkung aller relevanten Akteure, damit sie ihrem Anspruch nach demokratischer Mitgestaltung gerecht werden kann. In der Praxis ist es jedoch fast die Regel, dass bestimmte Akteursgruppen durch Beteiligungsangebote nicht erreicht werden.

Wie kann es gelingen, Menschen zu aktivieren, die unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren? Wie können wir sie dabei unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Seminars (13.–14. April 2018 in Bielefeld). Die Teilnehmer/innen diskutieren und erarbeiten gemeinsam Strategien, wie »schwer erreichbare« Bevölkerungsgruppen erreicht werden können. Welche Methoden sind geeignet und wie müssen Prozesse gestaltet sein? Die Teilnehmer/innen reflektieren die eigene Praxis und identifizieren Verbesserungsmöglichkeiten in ihrem Handlungsfeld. Das Seminar richtet sich an Gestalter/innen von Beteiligungs- und Kooperationsprozessen.

*Nähere Informationen bei Marion Stock (stock@mitarbeit.de)*

### Impressum

mitarbeiten  
Informationen der  
Stiftung Mitarbeit  
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:  
Ulrich Rüttgers, Hanns-Jörg Sippel

Stiftung Mitarbeit  
Ellerstraße 67  
53119 Bonn  
Telefon (02 28) 6 04 24-0  
Telefax (02 28) 6 04 24-22  
E-Mail [info@mitarbeit.de](mailto:info@mitarbeit.de)  
[www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)  
[www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)  
[www.netzwerk-buergerbeteiligung.de](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de)

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel  
(Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Monika Kuntz  
(Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg  
IBAN DE69 3806 0186 2010 540 14  
BIC GENODED1BRS

Die Stiftung Mitarbeit wird vom Bundesinnenministerium gefördert.